

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die Sicht von unten  
**Autor:** Uhl, Felix  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094197>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Sicht von unten

40 Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei und 20 Jahre nach dem Prager Frühling gibt es wieder ein Perestrojka-bezogenes Interesse an diesem Land. Man wägt die Chancen von Reformern und Antireformern ab, man wünscht dem «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» (Dubcek) einen zweiten Atem. Bei dieser durchaus wichtigen Debatte indessen kommt etwas zu kurz: die tschechoslowakische Bevölkerung. Ihr Interesse an einer besser gehandhabten sozialistischen Ordnung ist relativ; für diese Lösung sind die gewöhnlichen Leute höchstens faute de mieux. Neben der reformkommunistischen Opposition gibt es die verbotene antikommunistische Opposition. Sie hat eine viel grössere Breite, und das mit Grund. Auf diesen vergessenen Sektor weist unser heutiger Beitrag von Dr. Felix Uhl hin.

## Putsch statt Wahlen

Die KP sah für die im Mai 1945 fälligen Parlamentswahlen eine Niederlage voraus und kam ihr mit einem Staatsstreich zuvor, der in drei Etappen vor sich ging. Erst boykottierten die kommunistischen Minister in ihren Departementen die Parlamentsbeschlüsse und widersetzten sich der Mehrheit. Daraufhin demissionierten die demokratischen Minister, um sofortige allgemeine Wahlen zu erzwingen. Diese Situation wiederum wurde von der KP direkt zum Putsch genutzt.

Die UdSSR führte zu dieser Zeit an der Grenze zur ČSR «zufällig» grosse Militärmanöver durch, und der Sowjetbotschafter in Prag überreichte dem Präsidenten Benesch eine Note, die Stalins Drohung deutlich machte: Im Falle eines Bürgerkrieges sehe sich die UdSSR zur Intervention gezwungen. Dazu kam, dass der «parteilose» Verteidigungsminister, General Ludvik Svoboda, plötzlich Farbe bekannte und erklärte, die Armee werde sich hinter «die Arbeiter» (gemeint: die Kommunisten) stellen. (Svoboda, zwischendrin in Ungnade gefallen, wurde dann im Prager Frühling tschechoslowakischer Staatspräsident und blieb es auch nach der sowjetischen Invasion von 1968.) Der eingeschüchterte Benesch unterschrieb eine Erklärung, welche die kommunistische Machtübernahme legalisierte. Ministerpräsident Gottwald proklamierte am 25. Februar 1948 seinen Siegeszug.

---

*Dr. Felix Uhl, geboren 1925, studierte an der Prager Universität von 1945 bis 1948 Medizin. Er war Vizepräsident des tschechoslowakischen Studentenverbandes, Obmann der Prager Medizinstudenten und ein Exponent der christlichen Hochschülerschaft, als solcher wegen seiner demokratischen und antitotalitären Einstellung bekannt. Am 23. Februar 1948 wurde er vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und später in einem geheimen Verfahren zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Bis zu seiner Flucht verbrachte er fast sechs Jahre in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern. Über Wien kam er 1955 in die Schweiz, wo er dann promovierte. Er ist heute Schweizer Bürger und arbeitet als eidg. dipl. Zahnarzt in Rheineck. Er gibt die Exilzeitschrift «Nové Obzory» (St. Gallen) heraus.*

---

Nach der sechsjährigen Nazi-Okkupation kam im Mai 1945 für die Tschechoslowakei wieder die Freiheit, gebracht von den Panzern der siegreichen Grossmächte. Die jubelnden Tschechen und Slowaken ahnten allerdings nichts vom Schicksal, das ihnen nach den Konferenzen von Jalta und Teheran zgedacht war.

Ende Mai reiste über die Slowakei auch die Exilregierung unter Eduard Benesch ein; sie hatte auf Wunsch Stalins ihren Weg von London über Moskau genommen und sich dort mit den kommunistischen Regierungsmitgliedern vereinigt.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die KPTsch (KPC) und ihre sowjetisch vorpräparierten Führer machten sich sofort an die Arbeit und bezogen zunächst einmal die Schlüsselpositionen: das Innenministerium (Polizei, Staatssicherheit), das Sozialministerium, das Informationsministerium (Presse, Theater, Kultur), das Unterrichtsministerium sowie im Verteidigungsministerium die innenpolitisch relevanten Abteilungen. Überall dort, und vorrangig im Polizeiapparat, wurden leitende Stellen durch eigene Leute besetzt.

## Nazikollaborateure werden KP-Mitglieder

Im Landwirtschaftsministerium und im Sozialministerium spezialisierte man sich überdies auf Beschlagnahmungen, die einen Hohn auf

den angeblich geltenden «Antifaschismus» darstellten. Man beschlagnahmte das Eigentum von deutschsprachigen oder sonstigen «Nazi-Kollaborateuren», die in Wirklichkeit oft genug gar nicht kollaboriert hatten, und übergab es Parteimitgliedern und Sympathisanten, die ihrerseits aber durchaus zu den Leuten gehören konnten, die tatsächlich mit der Gestapo zusammengearbeitet hatten. Das war auch logisch: Die Nazidiener aus Opportunismus verstanden sehr wohl, dass man sie wegen ihrer Vergangenheit *dann* nicht zur Rechenschaft ziehen würde, wenn sie sich kommunistisch gebärdeten, und das taten sie denn auch. Und wieder wurde ihr Opportunismus belohnt. So wechselten diese Kreaturen innerhalb der totalitären Auswahl ihre Farbe, und mehr wurde von ihnen nicht verlangt.

Zu einer andern Kategorie von Belohnten gehörten Intellektuelle, die früher auch ohne Nazi-Sympathien mit den Kommunisten geliebäugelt hatten und nun erfreut wahrnahmen, dass sich das auszahlte, mit beschwichtigenden Folgen für ihr Gewissen.

Die demokratischen Parteien und Organisationen in der Tschechoslowakei bemühten sich drei Jahre lang redlich, die parlamentarische Demokratie sowie die Prinzipien der Menschenrechte und der Freiheit zu retten. Die Bevölkerungsmehrheit stand auf ihrer Seite, um so mehr als die KP mit ihrem Vorgehen vielen Leuten die Augen öffnete.

**Studentischer Widerstand**

Nicht alle Tschechoslowaken waren gewillt, die Vergewaltigung der Nation still und unterwürfig hinzunehmen. Hier will ich von den Studenten reden, zu denen ich damals gehörte. Sie waren in ihrer Mehrheit (fast 87 Prozent im Januar 1948) gegen die KP-Ansprüche, und als sie vernahmen, dass ihre Sprecher vom Staatssicherheitsdienst festgenommen worden waren, protestierten sie in einer grossen Kundgebung gegen diese Willkür. Sie gingen in einem Demonstrationzug Richtung Hradschin, um dem Staatspräsidenten Benesch ihre Unterstützung zu zeigen. Die rund 2000 Studenten wurden von weiteren Tausenden von Prager Einwohnern begleitet. Im Stadtviertel Mala Strana (Kleinseite der Altstadt) kam es zum Zusammenstoss mit einem Überfallkommando der Polizei. Es fielen Schüsse, und die Nerudagasse füllte sich mit verletzten Studenten. Zusammengeschlagene und festgenommene Manifestanten in grosser Zahl waren die Folge dieser spontanen Demonstration.

Der seinem Präsidenten treu gebliebene Außenminister Jan Masaryk, Sohn des ersten tschechoslowakischen Präsidenten Thomas Masaryk, wurde tot aufgefunden. Man veröffentlichte eine Selbstmordversion, aber es handelte sich um einen sicherheitsdienstlichen Mord. Präsident Benesch, gesundheitlich vollkommen erschöpft, überlebte den Putsch um nur 5 Monate.

Die von der KP eingesetzten «Aktionskomitees» sorgten überall dafür, dass unbequeme Leute entfernt wurden. Besonders gründlich ging man auf den Hochschulen vor. Dort schlossen Leute wie Prof. Kolman und der kommunistische Studentenführer Jiri Pelikan hunderte von Studenten vom weitem Studium aus und eliminierten unpassende Lehrkräfte. So wurde der Rektor der Prager Universität, Prof. Karel Englisch, Präsident der Nationalbank und ein international berühmter Wirtschaftsexperte, sofort suspendiert und von der Universität gejagt. Das gleiche geschah mit sehr vielen Hochschullehrern.

**Die frühere Rolle von späteren Reformern**

Jiri Pelikan nahm rasch alle Spitzenpositionen in der Studentenschaft ein, wurde bei alternativen «Wahlen» zum Abgeordneten gemacht und erhielt den Posten eines Generaldirektors des tschechoslowakischen Fernsehens. Später wurde er ein Exponent des Prager Frühlings, emigrierte nach der sowjetischen Invasion und sitzt heute als italienischer Sozialist im Europäischen Parlament. Seine erklärte Absage galt in den sechziger Jahren der falschen kommunistischen Machtausübung; indessen schien ihm die kommunistische Machtaneignung von 1948 samt ihren Methoden offenbar weiterhin gerechtfertigt; jedenfalls liess noch 1976 sein

Buch «Ein Frühling, der nie zu Ende geht» nichts anderes erkennen.

**Die nichtkommunistischen Opfer der Massenrepression**

Die tschechoslowakischen Gefängnisse füllten sich 1948 mit Tschechoslowaken, welche die kommunistische Gewalt abgelehnt hatten: Studenten, Priester, Offiziere und Regierungsbeamte, aber auch viele Arbeiter und Bauern, welche die Lügen der angeblichen «Arbeiterpartei» durchschaut hatten. Über sie wurden Urteile gefällt, welche man in den Parteisekretariaten abfasste und den «Volksrichtern» zum Verlesen zustellte.

Die Gefangenen waren bis zum Prozess durch die monate- bis jahrelange Untersuchungshaft und durch die nicht selten barbarischen Verhöre in einem der 23 Untersuchungsgefängnisse des Staatssicherheitsdienstes total erschöpft. Die KP-kommandierte Justiz verhängte über ihre politischen Gegner hohe Strafen (10 bis 25 Jahre oder auch lebenslänglich), und verbrachte die Verurteilten meist in Konzentrationslagern, die man euphemistisch Arbeitslager nannte.

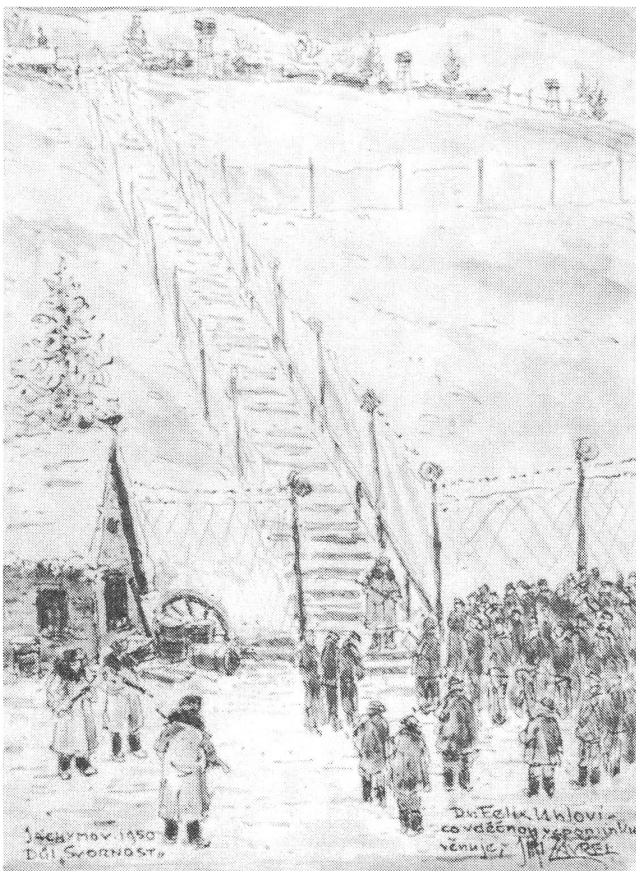
55 solche Institutionen gab es damals auf dem Gebiet der ČSSR. Die schlimmsten befanden sich im Uranabbaugebiet von Joachimstal (Erzgebirge), wo die Unglücklichen ohne jeden Strahlenschutz das Erz fördern mussten, das für den Export in die UdSSR bestimmt war. Es gab weder am Sonntag noch sonst irgendwelche arbeitsfreie Tage, und die hygienischen Verhältnisse waren unvorstellbar schlecht.

Indessen konnte man auch in eines der 8 alten (noch heute bestehenden) festungsartigen Gefängnisse gesperrt werden, von denen Pilsen-Bory, Leopoldov und Mirov die wichtigsten waren. Und auch dort herrschte ein hartes Regime. Für jede Kleinigkeit setzte es Disziplinarstrafen wie zum Beispiel sechs Wochen Bunker im Kellergeschoss, mit 250 Gramm Brot und einem Krug Wasser als Tageskost, mit dem Zwang, auf dem Fussboden zu schlafen, ohne Decke. Was das heisst, weiss nur derjenige, der es durchgemacht hat.

Trotzdem war das immer noch besser als hingeworfen zu werden. Dieses Schicksal erlitten die Abgeordneten Stanislav Broj, Rostislav Sacherek und Frau Milada Horakova, der General Heliodor Pika, der junge Philosophie-Student Milan Choc, um einige prominente Opfer zu nennen. Aber es wurden noch viele Personen hingeworfen oder sonstwie ermordet.

Schliesslich gab es noch die Möglichkeit, in die UdSSR deportiert zu werden, was das Los von unbekannt vielen Menschen war.

Angesichts solcher Aussichten wählten Tausende von Verfolgten den Weg ins westliche Exil. Andere blieben zu Hause und betrieben passiven, gegebenenfalls sogar aktiven Widerstand im Untergrund. Sie waren Gegner nicht nur von sogenannten Deformationen, sondern



Das Uranbergwerk Svornost in Joachimstal (Erzgebirge) am Heiligen Abend 1950 in einer Häftlingszeichnung. Der Autor unseres Berichtes befand sich zu jener Zeit dort. Die Nachtschicht ist soeben ausgefahren und versammelt sich unter der Aufsicht der Wächter zum Abmarsch in das Lager oberhalb der Zeche auf den berüchtigten 300 Stufen. (Reproduktion aus «Nové Obzory», St. Gallen, 1988)

Gegner eines verbrecherischen Systems mit- samt seiner ideologischen Begründung.

## Welche Art von Protest hat Massencharakter?

Dank diesen Mutigen konnte zwanzig Jahre später, 1968, die Hoffnung wenigstens auf eine eingeschränkte Demokratie wieder aufglimmen. Der sowjetische Einmarsch machte ihr nach kurzer Zeit ein Ende.

Gegen die gewaltsam etablierte Invasionsordnung gibt es seither den Widerstand von Marxisten, die grundlegend bei ihrer Ideologie geblieben sind, auch wenn sie keine Kommunisten im Sinne der Parteimitgliedschaft mehr sind. Aber ungleich verbreiteter ist der andauernde Widerstand der Andersdenkenden, vor allem bei den Arbeitern und bei der Jugend. Er spiegelt sich in den überfüllten Kirchen, in den nur sporadisch bewilligten Pilgerzügen wie

etwa zum mährischen Wallfahrtsort Velehrad, in verschiedenen Protestaktionen, die jeweils Tausende von Unterschriften vereinigen. Am deutlichsten erkennbar wurde dies soeben im Januar 1988 bei einer Unterschriftensammlung zur Neubesetzung von zehn vakanten Diözesen; Kardinal František Tomásek, der greise Erzbischof von Prag, und der Vatikan haben bisher mit der Regierung vergeblich darüber verhandelt. Innerhalb von 12 Tagen kamen mehr als 200 000 Unterschriften zusammen (siehe unten). Zum Vergleich: Die Charta 77 brachte es innerhalb von elf Jahren bloss auf 1200 Unterschriften.

Das ist ein klarer Hinweis darauf, wie die tschechoslowakische Bevölkerung wirklich denkt. Von ihr erhalten die Kommunisten und Marxisten eine klare Absage. Wenn in der Tschechoslowakei heute freie Wahlen möglich wären, würde mit Sicherheit nicht nur ein anderes Regime, sondern auch eine andere Ordnung gewählt. ■

## Charta 77 und Katholiken

Am 3. März 1988 wurden zwei Sprecher der Charta 77 vom Prager Erzbischof Kardinal Dr. František Tomásek empfangen. Sie überreichten ihm ein Dokument der Charta, in dem sie die Initiative der mährischen Katholiken für die Verwirklichung des «Programms der nationalen Freiheit», die sogenannte «Petition», voll unterstützten. Diese volle Unterstützung einer kirchlichen, katholischen Aktion durch die Charta 77 bedeutet etwas Neues, ein neues Verhältnis dieser ursprünglich marxistischen Bewegung zur Kirche. Bisher war dieses Verhältnis eher lau.

In seiner Antwort unterstrich der Kardinal die Notwendigkeit der nationalen Solidarität im Kampf für die Freiheit der tschechoslowakischen Völker sowie für die Befreiung des menschlichen Sinnes von der Angst.

Die genannten Akten verlangen unter anderem auch die Trennung der Kirche vom Staat. Die Kirche kann einerseits nicht bloss als Dienerin des Staates betrachtet werden, andererseits darf auch der Staat nicht zum Untertanen der Kirche werden. Weder eine gegenwärtige Rivalität noch irgendwelche Konfrontation würde zur Gesamtlösung der heute bestehenden Probleme beitragen. Die Petition macht ausserdem noch das demokratische Recht jedes einzelnen Bürgers auf die konfessionelle Freiheit geltend.

Im Dezember 1987 kam es zum Zusammentreffen des Kardinals mit den übriggebliebenen

Diözesanbischöfen bzw. Verwaltern (10 Diözesen sind heute immer noch unbesetzt), an dem der Primas einen 10-Jahres-Plan für die allgemeine geistige Erneuerung verkündete. Dieser bindet sich an das Millennium des hl. Adalbert (Vojtěch), des ersten Bischofs von Prag, im Jahr 997. Jedes Jahr soll einem bzw. einer tschechischen Heiligen geweiht werden und unter einem Motto stehen. So ist das Jahr 1988 unter dem Motto «Das Leben schützen» der seliggesprochenen Agnes von Böhmen geweiht.

Diese Verkündigung des Prager Erzbischofs war auch Anlass zum Pontifikalamt am 6. März um 9.15 Uhr in der St.-Veits-Kathedrale auf dem Prager Hradshin, das der Kardinal unter Mitwirkung einiger weiterer Konzelebranten selbst zelebrierte. In seiner Predigt erläuterte er das Programm der nationalen Erneuerung, sprach über die Agnes von Böhmen, die vielleicht heuer schon vom Papst heiliggesprochen wird, und betonte die Bedeutung der Aktion «Petition», die mit grösster Wahrscheinlichkeit die grösste christliche Aktion in Osteuropa im Laufe der letzten 10 Jahre darstellt: bis am 6. März wurde sie bereits von mehr als 400 000 ČSSR-Bürgern unterschrieben. Sie dauert aber noch weiter an.

Die Pontifikalmesse wurde zwar im bischöflichen Hirtenbrief erwähnt, nicht aber in den staatlichen Medien. Dagegen brachte der Sender «Radio Freies Europa» in München, der

von der grossen Mehrheit der ČSSR-Bevölkerung regelmässig empfangen wird, seit dem 2. März in seinen stündlichen Nachrichten von 5–9 und 15–24 Uhr die Meldung über die angekündigte Messe.

Am Sonntag, dem 6. März, füllten etwa 3000 bis 8000 Gläubige die Prager Kathedrale, weiter 1500 bis 2000 standen auf dem Platz vor der Kathedrale, die sich auf dem Areal der Prager Burg, dem Sitz des Staatsoberhauptes, befindet. Nach der Messe marschierten die Teilnehmer vor das erzbischöfliche Palais, nur wenige Schritte von der Burg und dem St.-Veits-Dom entfernt, um dem alten, tapferen Oberhirten zu huldigen. Sie bildeten eine kompakte Masse, weil sich alle Anwesenden die Hände reichten. Der Kardinal kam trotz des polizeilichen Verbots auf den Balkon, segnete die versammelte Menge und bat sie, in Ruhe wieder nach Hause zu gehen. Die Leute knieten, beteten gemeinsam und gingen danach ruhig auseinander.

Nicht nur die Kathedrale während der Messe, auch die Versammlung vor dem erzbischöflichen Palais wurde durch das grosse Aufgebot der uniformierten Polizei sowie der nichtuniformierten Staatssicherheit bewacht. Sie schritten jedoch nicht ein. Die Gegenaktion der Polizei wurde dennoch in anderer Richtung gründlich durchgeführt.

So wurden z. B. am 5. und 6. März auf sämtlichen Zufahrtsstrassen zur Hauptstadt gründliche polizeiliche «technische» Kontrollen an allen Autobussen vorgenommen, wodurch viele Verspätungen von mehreren Stunden verursacht wurden. Einige Hauptstrassen wurden plötzlich gesperrt und die Fahrzeuge auf grossen Umwegen umgeleitet, so dass sie ihr Ziel nicht rechtzeitig erreichen konnten. In Prag wurde ausgerechnet am 6. März die Richtung Burg führende Metrolinie «repariert». Es verkehrten keine Züge. Das Gleiche galt für die entsprechende Strassenbahnlinie wegen Geleise- und Stromleitungsreparaturen. Diese indirekten Interventionen der Polizei verunmöglichten Tausenden von Gläubigen, die teilweise von weit angereist waren (Mähren, Slowakei), die Teilnahme. Man schätzt, dass um die 100 000 Menschen auf dem Wege waren, um diesem einmaligen Ereignis von höchster nationaler Wichtigkeit beizuwohnen. F. U.



Kardinal Tomásek mit dem Papst bei der Zelebrierung einer Messe am 11. 10. 1987.